



Protokoll der 17. Sitzung des Einwohnerrates

vom 17. März 2010, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 32 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Michael Bischof, Beat Gränicher, Franz Kaufmann, Enrico Kiefer, Corinne Ruesch, Hansrudolf Schafroth, Philipp Senn und Daniel Spinnler sowie Stadtpräsidentin Regula Gysin

Traktanden	Laufnummer
1. Zeughausplatz-Aufwertung – Postulat von Danielle Schwab namens der SP-Fraktion: Schlussbericht Stadtrat; Kostenbeitrag Stadt an neue Gestaltung rund um das Kantonsmuseum	2006/116 2006/116a 2006/116b 2006/116c
<i>://: Kenntnisnahme von Schlussbericht und Abschreibung von Postulat. ://: Genehmigung Kostenbeitrag von CHF 75'000 an neue Gestaltung rund um das Kantonsmuseum.</i>	
2. Parkplätze auf Parzelle 1004, Rheinstrasse – Dringliches Postulat von Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion betreffend Parkplätzen auf Parz. 1004, Rheinstrasse: Bericht Stadtrat	2007/159 2007/159a
<i>://: Kenntnisnahme von Bericht und Abschreibung von Postulat.</i>	
3. Zweiter Zwischenbericht Stadtrat zu Postulat von Daniel Spinnler und Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion betreffend Vereinfachung des Zugangs zur Verwaltung	2007/162 2007/162a 2007/162b
<i>://: Kenntnisnahme von 2. Zwischenbericht Stadtrat.</i>	
4. Schlussbericht des Stadtrats zur Motion der interfraktionellen einwohner-rätlichen Integrationsgruppe betreffend „Politische Partizipation für Migranten und Migrantinnen in Liestal: Schaffung eines Partizipationsreglements“	2007/187 2007/187a 2007/187b
<i>://: Kenntnisnahme von Schlussbericht und Abschreibung von Motion.</i>	
5. Bericht Stadtrat zum Postulat von Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP-Fraktion) betreffend Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen an der Kasernenstrasse (als Notlösung während der Bauzeit)	2008/26 2008/26a
<i>://: Kenntnisnahme von Bericht und Abschreibung von Postulat.</i>	
6. Bericht Stadtrat zur Motion von Hanspeter Stoll namens der SP-Fraktion betreffend Verbesserung der Verkehrssituation an der Seltisbergerstrasse	2009/57 2009/57a
<i>://: Kenntnisnahme von Bericht und Abschreibung von Motion.</i>	
7. Stellenplan Stadtverwaltung – Abteilungsleiter Buchhaltung	2010/97
<i>Die Vorlage wird vom Stadtrat zurückgenommen.</i>	

8.	Quartierplanung Ziegelhof, Planungskredit ://: <i>Genehmigung Planungskredit von CHF 210'000 inkl. MwSt. und Nebenkosten.</i>	2010/98
9.	Quartierplanung Florhof, Beschlussfassung ://: <i>Überweisung an Bau- und Planungskommission zur Vorberatung.</i>	2010/99
10.	Antwort Stadtrat zur Interpellation von Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion betreffend Verfall der ehemaligen Gestadeckmühle (Ergolzhof) <i>Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.</i>	2009/79
11.	Postulat von Pascal Porchet der FDP-Fraktion betreffend Oeko Taxi in Liestal ://: <i>Überweisung von Postulat an Stadtrat.</i>	2009/80
12.	Postulat von Martin Spiess der FDP-Fraktion betreffend SBB Tageskarten Gemeinde ://: <i>Überweisung von Postulat an Stadtrat.</i>	2009/84
13.	Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend einer ökologisch effizienten Strassenbeleuchtung ://: <i>Überweisung von Postulat an Stadtrat.</i>	2009/85
14.	Postulat von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend Altstadtliegenschaften sanieren: Information, Beratung, Sensibilisierung und Begleitung der Liegenschaftsbesitzer ://: <i>Vertagung auf nächste Einwohnerratssitzung.</i>	2010/89
15.	Antwort Stadtrat zur Interpellation von Paul Pfaff namens der SVP-Fraktion betreffend Jahreslagerplatz für die Füürwagen <i>Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.</i>	2010/90
16.	Postulat von John Brunner namens der SVP-Fraktion betreffend Abschaffung der Bewilligungspflicht für Velounterstände <i>Rückzug von Vorstoss durch Postulanten.</i>	2010/91
17.	Postulat von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion für verkehrsberuhigende Massnahmen im Quartier Sigmundstrasse/Altbrunnenweg, Liestal Ost ://: <i>Überweisung von Postulat an Stadtrat.</i>	2010/92
18.	Antwort Stadtrat zur Interpellation von Matthias Zimmermann der SP-Fraktion betreffend Quartier „am hinteren See“ – gefährdet oder bald verslumpt? <i>Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.</i>	2010/93
19.	Antwort Stadtrat zur Interpellation von Franz Kaufmann namens der SP-Fraktion betreffend Abgeltungen an die Bürgergemeinde ://: <i>Vertagung auf nächste Einwohnerratssitzung.</i>	2010/95
20.	Antwort Stadtrat zur Interpellation von Franz Kaufmann namens der SP-Fraktion betreffend Standortförderung ://: <i>Vertagung auf nächste Einwohnerratssitzung.</i>	2010/96

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) begrüsst die Ratsmitglieder sowie Gäste zur heutigen Einwohnerratssitzung und heisst diese willkommen.

Als Präsident habe er die schmerzliche Pflicht, den Rat über den Grund der Absenz von Einwohnerrätin Corinne Ruesch (GL) zu informieren: Das Buschi mit dem Namen Ladina von Corinne Ruesch und Reto Schweizer ist am 6. März 2010 zur Welt gekommen und drei Tage später leider verstorben. Corinne Ruesch hat dies dem Ratspräsidenten mitgeteilt, damit er den Rat orientieren kann. Den Eltern habe er namens des Einwohnerrates kondoliert und ein Beileidsschreiben geschickt.

Die Einwohnerratsmitglieder sind zu einem Apéro anlässlich der Velostation-Einweihung vorgängig der heutigen Sitzung eingeladen worden.

Einwohnerrat Hans Brodbeck (FDP) wird heute letztmals als Ratsmitglied an einer Einwohnerratssitzung teilnehmen. Dieser lässt mitteilen, dass er in der Pause einen Apéro offerieren wird, was ihm bestens verdankt wird.

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 27. Januar 2010

Das Ratsbüro hat das Protokoll der letzten Einwohnerratssitzung vom 27.01.2010 an seiner Sitzung vom 11.03.2010 ohne Änderung genehmigt.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) informiert kurz über die wichtigsten Punkte sowie Entscheide der letzten Bürositzung vom 11.03.2010:

- Herr Thomas Eugster (FDP) tritt am 1. April 2010 sein Amt als Nachfolger von Herrn Hans Brodbeck (FDP) für die restliche Amtsperiode bis zum 30.06.2012 an.
- Basierend auf den Rückmeldungen der Fraktionen hat das Büro entschieden, dass das geplante Weihnachtsessen vom 15.12.2010 auf die noch zu terminierende Januar-Sitzung im 2011 verschoben wird. Die Einwohnerratssitzung vom 15.12.2010 wird deshalb um 17.00 Uhr und nicht um 16.00 Uhr gemäss Terminplan 2010 beginnen. Die Sitzung vom Januar 2011 mit anschliessendem Jahresessen wird auf 16.00 Uhr einberufen.
- Der diesjährige Einwohnerratsausflug findet am 29. Mai 2010 statt und wird von Ratsmitglied Markus Meyer organisiert. Die Einladung wird vermutlich zusammen mit dem Versand für die nächste Ratssitzung vom 21.04.2010 erfolgen.

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- neue Vorstösse mit den Lauf-Nrn. 2010/100 – 2010/102
- Einladung Weltküche-Anlass vom 10. April 2010

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtrat Peter Rohrbach informiert als Finanzchef darüber, dass die vom Einwohnerrat beschlossenen Budget-Anträge betreffend den Kürzungen im Personal- und Sachaufwand sowie Steuerfuss-Reduktion umgesetzt wurden. Er wird an der nächsten Einwohnerratssitzung die Zahlen präsentieren.

Stimmenzähler/innen

Gemäss Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen für die heutige Sitzung bestimmt:

- | | |
|-------------------|--------------------|
| - Raissa Bonjour | 1: Seite FDP |
| - Markus Meyer | 2: Mitte |
| - Vreni Wunderlin | 3: Seite SP, Grüne |
| - Sabine Sutter | 4: Büro |

Neue persönliche Vorstösse:

- Motion „Umsetzung Fahrverbot Rathausstrasse“ von Paul Pfaff namens der SVP-Fraktion (Nr. 2010/100)
- Interpellation „Rodungsaktion an Ergolz und Frenke“ von Peter Furrer der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2010/101)
- Verfahrenspostulat „Verbesserung der Vertrauensbasis zwischen Verwaltung und Einwohnerrat“ von Regula Nebiker namens der SP-Fraktion (Nr. 2010/102)

Traktandenliste

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) informiert darüber, dass Interpellant Franz Kaufmann (SP) sich für die heutige Sitzung entschuldigen lässt und dieser deshalb seine beiden Vorstösse

- Interpellation betreffend Abgeltungen an die Bürgergemeinde (Nr. 2010/95)
- Interpellation betreffend Standortförderung (Nr. 2010/96)

nicht vertreten kann. Auch Einwohnerrat Hansrudolf Schafröth hat sich für die heutige Sitzung entschuldigt. Dieser schlägt vor, dass die Interpellation Nr. 2010/95 betreffend den Abgeltungen an die Bürgergemeinde in seinem Beisein als Einwohnerrat und als Bürgerrat behandelt wird. Das Büro stellt deshalb Antrag, dass die beiden Interpellationen Nr. 2010/95 und Nr. 2010/96 von der heutigen Traktandenliste abgesetzt werden und auf die nächste Einwohnerratssitzung neu traktandiert werden.

Ernst Burkhardt (SP) führt aus, er müsse die heutige Sitzung um 19.15 Uhr verlassen. Das von ihm eingereichte Postulat betreffend „Altstadtliegenschaften-Sanierungen“ (Nr. 2010/89, Traktandum Nr. 14) wird vorgängig seinem Weggang kaum behandelt werden können, weshalb er Antrag auf die Vertagung des betreffenden Geschäfts stelle.

Stadtrat Peter Rohrbach informiert den Einwohnerrat darüber, dass der Stadtrat die Vorlage betreffend dem „Stellenplan Stadtverwaltung – Abteilungsleiter Buchhaltung“ (Nr. 2010/97) zurückzieht. Die Vorlage wird dem Einwohnerrat zusammen mit einem Personalbegehren des Stadtbauamtes in einer Gesamtschau neu unterbreitet.

- ://: Einstimmig stimmt der Rat dem Antrag des Ratsbüros zu, dass die Interpellation „Abgeltungen an die Bürgergemeinde“ (Nr. 2010/95) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt und auf die nächste Einwohnerratssitzung neu traktandiert wird.
- ://: Einstimmig stimmt der Rat dem Antrag des Ratsbüros zu, dass die Interpellation „Standortförderung“ (Nr. 2010/96) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt und auf die nächste Einwohnerratssitzung neu traktandiert wird.
- ://: Einstimmig stimmt der Rat dem Antrag von Ernst Burkhardt (SP) zu, dass das Postulat „Altstadtliegenschaften-Sanierungen“ (Nr. 2010/89) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt wird, sollte dieses Geschäft an der heutigen Sitzung nicht vorgängig dem Weggang des Postulanten behandelt werden können.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass über die Absetzung der stadträtlichen Vorlage „Stellenplan Stadtverwaltung – Abteilungsleiter Buchhaltung“ (Nr. 2010/97) nicht abgestimmt werden muss, da die Vorlage vom Stadtrat zurückgezogen wurde.

138 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Zeughausplatz-Aufwertung – Postulat von Danielle Schwab namens der SP-Fraktion: Schlussbericht Stadtrat; Kostenbeitrag Stadt an neue Gestaltung rund um das Kantonsmuseum (Nr. 2006/116, Nr. 2006/116a, Nr. 2006/116b, Nr. 2006/116c)

Regula Nebiker (SP) hält stellvertretend für die Postulantin Danielle Schwab fest, dass sich das Projekt betreffend der Platzgestaltung beim Kantonsmuseum seit der Einreichung des Postulates stark verändert habe. Erfreulich ist, dass sich der Kanton nun auch finanziell an der Platzgestaltung beteiligt, hätte sich diese die Stadt Liestal ohne eine finanzielle Beteiligung des Kantons wohl kaum leisten können. Das vorgestellte Projekt ist eine gute Sache und die SP-Fraktion wird beiden Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Hanspeter Meyer (SVP) findet es ebenfalls gut, dass es nun vorwärts geht. Das Konzept kann ebenfalls unterstützt werden. In seiner Fraktion sind aber Fragen betreffend dem Parkplatzkonzept rund um das Kantonsmuseum, den künftigen Benutzungsmöglichkeiten des Zeughausplatzes, abzutretenden Flächen für die Projektrealisierung usw. aufgetaucht. Da diese an der heutigen Sitzung vermutlich nicht zufriedenstellend beantwortet werden können, stellt seine Fraktion den Antrag, das Geschäft an die BPK zu überweisen.

Lorenz Rudin (FDP) findet den Zeitpunkt ideal, dass die Zeughausplatzgestaltung im Zusammenhang mit den Bauarbeiten beim Kantonsmuseum koordiniert wird. Dass nun nach der Kanonengasse und der Rosengasse auch der Zeughausplatz mit einer Kopfsteinbepflasterung versehen wird, kann von seiner Fraktion unterstützt werden. Die Folgekosten für die Stadt Liestal von CHF 75'000 sind sehr kostengünstig. Die FDP-Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Hanspeter Zumsteg (GL) erklärt, die unterbreitete Vorlage läuft ganz klar unter dem Aspekt des Stadtmarketings. Die neue Platzgestaltung mit dem neuen Haupteingang zum Kantonsmuseum wird begrüsst und seine Fraktion wird auch beiden Anträgen zustimmen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) möchte wissen, ob die Erschliessung des Ziegelhofareals noch Auswirkungen auf die Zeughausplatzgestaltung haben wird. Unabhängig von der stadträtlichen Antwort wird aber seine Fraktion den Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt Bezug auf das Votum von Hanspeter Meyer und bittet diesen, die aufgetauchten Fragen der SVP-Fraktion zu präzisieren.

Hanspeter Meyer (SVP) formuliert die Fragen seiner Fraktion betreffend dem Projekt: Wie verhält es sich mit dem Parkplatzkonzept rund um das Kantonsmuseum herum und wie sieht es mit dem Benutzungskonzept betreffend dem Zeughausplatz aus? Wie sind die Arealabtretungen zwischen Kanton und der Stadt geregelt?

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt zum Projekt sowie den Fragen der SVP-Fraktion Stellung: Nach der Postulatseinreichung wurde im Budget 2007 ein Betrag von CHF 90'000 eingestellt. Im Jahre 2007 hatte man erfahren, dass der Kanton das Kantonsmuseum vorzeitig sanieren wird. Mit Zwischenbericht vom 10.02.2009 hatte der Stadtrat über das geplante weitere Vorgehen informiert. Der Kanton besitzt rund um das Museum noch einen Landstreifen von 1 Meter und es ist keine Landabtretung nötig, um die Zeughausplatz-Gestaltung realisieren zu können. Neu wird das Kantonsmuseum von der Kopf- bzw. Giebelseite her erschlossen, was eine Verschiebung des Brunnens nötig macht. Dieser steht neu näher beim Kantonsmuseum und sollte somit auch beim neuen Durchgang vom Ziegelhofareal zum Zeughausplatz sowie bei Veranstaltungen auf dem Zeughausplatz nicht mehr im Weg stehen. Der Platz wird analog der Kanonengasse mit einer Kopfsteinpflasterung versehen und gewinnt

mit der Brunnenverschiebung eine räumliche Erweiterung. Vor den Bauarbeiten beim Kantonsmuseum zählte der Zeughausplatz 23 Parkplätze, neu werden es 19 Parkplätze sein. Zwei Parkplätze werden im Austausch vom Kanton in der Nähe des Zeughausplatzes an die Stadt abgetreten. Per Saldo stehen neu zwei Parkplätze weniger zur Verfügung als früher.

Hanspeter Meyer (SVP) stellt fest, dass die Fragen seiner Fraktion zufriedenstellend beantwortet wurden und er deshalb den Antrag seiner Fraktion für eine Überweisung der Vorlage an die BPK zurückziehe.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Einwohnerrat von der neuen Gestaltung rund um das Kantonsmuseum Kenntnis und genehmigt dafür einen Kostenbeitrag von CHF 75'000 als Nachtragskredit zu Lasten der Laufenden Rechnung 2010.

://: Das Postulat Nr. 2006/116 wird einstimmig abgeschrieben.

139 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Parkplätze auf Parzelle 1004, Rheinstrasse – Dringliches Postulat von Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion betreffend Parkplätzen auf Parz. 1004, Rheinstrasse: Bericht Stadtrat (Nr. 2007/159, Nr. 2007/159a)

Jürg Holinger (GL) dankt als Postulant für die stadträtlichen Bemühungen und die Berichterstattung. Seine Fraktion wird der Abschreibung des Postulates zustimmen, obwohl sie inhaltlich mit der Schaffung weiterer Parkplätze nicht einverstanden ist, sondern weil im vorliegenden Fall nichts anderes mehr gemacht werden könne. Auslöser seines Postulates Nr. 2007/159 war die stadträtliche Beantwortung der früheren Interpellation Nr. 2007/13 betreffend der Erstellung von Parkplätzen beim Areal des Birmann-Spitals. Im betreffenden Gebiet sind 550 Parkplätze neu gebaut und nur gerade 150 Parkplätze aufgehoben worden. Sowohl im Zusammenhang mit dem Birmann-Spital als auch mit der Gewerbeschule wurde vom Stadtrat die Aussage gemacht, dass es sich nur um Parkplatz-Provisorien handle. Erfreulich ist, dass das Kantonsspital zusammen mit der EBL den Bau eines Parkhauses plant, wozu es einer Quartierplanung bedarf. Seine Fraktion wird diesem Quartierplan aber nur dann zustimmen, wenn mit einer verbindlichen Zusicherung bestätigt wird, dass die überdimensionierten provisorischen Parkplätze aufgehoben werden.

Ernst Burkhardt (SP) meint, im Zusammenhang mit dem vorliegenden Geschäft werde einmal mehr deutlich ein Zeichen dafür gesetzt, dass der Kanton keine richtige Parkplatzbewirtschaftung habe. So zeigte sich doch beispielsweise, dass die Zahlen betreffend der nötigen Parkplätze beim Spital zu gross sind. Da aber diese Parkplätze zu günstig angeboten werden, werden diese auch benützt. Mit Hinweis auf die laufenden Diskussionen in der Stadt Basel würde es sicher Sinn machen, wenn der Stadtrat beim Kanton vorstellig werden würde.

Stadtrat Ruedi Riesen hält fest, dass der Stadtrat im Zusammenhang mit dem kantonalen Verwaltungszentrums-Projekt auch betreffend der Parkplatzangebote sowie dem Anschluss an den öffentlichen Verkehr vorstellig geworden sei. Für die Parkplätze beim Kantonsspital möchte er jedoch eine Lanze brechen, brachte der Aufschwung der Tagesklinik doch zusätzliche Frequenzen an Patienten und Besuchern mit sich. Und deshalb ist es schon fast ein Hohn, dass das Kantonsspital nur gerade 46 Parkplätze besitzt und vom Kanton die Parkplatzbewirtschaftung nicht kurz- oder mittelfristig gelöst werden kann.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) informiert, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt einstimmig vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2007/159a a Kenntnis.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2007/159 abgeschrieben.

140 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Vereinfachung des Zugangs zur Verwaltung – Zweiter Zwischenbericht Stadtrat zur Postulat von Daniel Spinnler und Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion betreffend Vereinfachung des Zugangs zur Verwaltung (Nr. 2007/162, Nr. 2007/162a, Nr. 2007/162b)

Stadtrat Peter Rohrbach bringt zur Stadtratsvorlage Nr. 2007/162b noch Ergänzungen an: Vom zusätzlichen Schalteröffnungs-Angebot an den Mittwochabenden hatten jeweils zwei bis drei Personen Gebrauch gemacht. Dies bringt höhere Personalkosten mit sich, da die Schalter aus sicherheitstechnischen Gründen nicht mit einer einzigen Person besetzt sein dürfen. Wichtig ist, dass mit den neuen Öffnungszeiten ab 1. April 2010 weiterhin auch ausserhalb der Schalteröffnungszeiten Termine an Randzeiten mit der Verwaltung vereinbart werden können. Der Stadtrat wird in einem Schlussbericht im August 2010 zu den übrigen Punkten des Postulates Stellung nehmen.

Sabine Sutter (FDP) informiert stellvertretend für die Postulanten darüber, dass ihre Fraktion von dem unterbreiteten Lösungsvorschlag betreffend den Schalteröffnungszeiten nur teilweise befriedigt ist. Zumindest einmal in der Woche sollten die Schalter länger geöffnet sein und während einem einjährigen Versuch dürfte vermutlich die Besucherfrequenz ansteigen. Mit einem Schichtbetrieb würden auch keine höheren Personalkosten anfallen. Zumindest morgens sollten die Schalter bis 12.00 Uhr geöffnet bleiben. Der verbesserte elektronische Zugang zur Verwaltung wäre eine echte Alternative. Die FDP-Fraktion nimmt mit diesen Ergänzungen vom stadträtlichen Zwischenbericht Kenntnis.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) sagt, auch ihre Fraktion wird vom Zwischenbericht Kenntnis nehmen. Positiv ist, dass die Schalteröffnungszeiten angepasst wurden und in Absprache auch weiterhin Termine ausserhalb der ordentlichen Öffnungszeiten vereinbart werden können. In ihrer Fraktion ist die Frage aufgetaucht, ob nicht 1 – 2 Mal wöchentlich die Schalter über den Mittag geöffnet haben könnten.

Meret Kaufmann (GL) erklärt, ihre Fraktion wird ebenfalls vom Zwischenbericht Kenntnis nehmen. Ihre Fraktion ist der Meinung, dass die Öffnungszeiten auch wieder reduziert werden könnten, sollte sich erweisen, dass das zusätzliche Angebot zu wenig genutzt würde.

Hans Brodbeck (FDP) nimmt Bezug auf die Kommunikation über die Homepage der Stadt Liestal und empfiehlt dem Stadtrat, eine kritische Beurteilung durch eine externe Firma vornehmen zu lassen. Die Homepage der Stadt Liestal ist kompliziert gestaltet und wirklich Wichtiges kann nur sehr mühsam gefunden werden.

Regula Nebiker (SP) meint, wenn man sparen will, müsse man halt auch die Konsequenzen tragen. Dass von den Schalteröffnungszeiten mehrere Personen betroffen sind ist einleuchtend und muss im Rat wohl nicht diskutiert werden. Es ist aber schon etwas irritierend, dass die Schalter neu über den Mittag während 2 Stunden geschlossen bleiben. Ein möglicher kostenneutraler Lösungsansatz könnte doch sein, dass die Schalter beispielsweise am Montag geschlossen bleiben, diese aber an den übrigen Arbeitstagen über den Mittag geöffnet würden.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt einstimmig Kenntnis von den veränderten Öffnungszeiten für die Abteilungen Einwohnerdienste und Steuern ab 1. April 2010 gemäss zweitem Zwischenbericht des Stadtrates.

141 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Politische Partizipation Migranten – Schlussbericht des Stadtrats zur Motion der interfraktionellen einwohnerrätlichen Integrationsgruppe betreffend „Politische Partizipation für Migranten und Migrantinnen in Liestal: Schaffung eines Partizipationsreglements“ (Nr. 2007/187, Nr. 2007/187a, Nr. 2007/187b)

Stadträtin Marion Schafroth erklärt, der stadträtliche Bericht gemäss Vorlage Nr. 2007/187b sei sehr kurz abgefasst, weshalb sie einleitend noch einige Ergänzungen anbringe: Im Jahre 2004 wurde von der Integrationskommission die Idee betreffend einer Bildung eines Migrantenforums geprüft. Anlässlich der Integra05 wurde das Migrantenforum gebildet. Gleichzeitig hatte Einwohnerrätin Orla Oeri-Devereux mit einem Postulat die Bildung eines Migrantenparlaments thematisiert. Im Jahre 2006 hatte die Arbeitsgruppe Migrantenforum einen Bericht zu Händen der Integrationskommission und dem Stadtrat unterbreitet. Im Sommer 2006 hatte der Stadtrat dem Einwohnerrat die Einsetzung einer interfraktionellen einwohnerrätlichen Arbeitsgruppe vorgeschlagen, welche dann im Januar 2007 gebildet wurde. Diese Arbeitsgruppe hatte im August 2007 dem Einwohnerrat einen Zwischenbericht unterbreitet. Als Folge der einwohnerrätlichen Debatte ist dann von den Mitgliedern der interfraktionellen einwohnerrätlichen Integrationsgruppe im Dezember 2007 die Motion Nr. 2007/187 eingereicht worden, welche im Mai 2008 an den Stadtrat überwiesen wurde. Auf Stadtratsebene wurde im Jahr 2008 die Zuständigkeit betreffend Integrationsfragen von Stadtrat Ruedi Riesen auf neu Stadträtin Marion Schafroth übertragen. Im Winter 2009 wurde ein erster Partizipations-Reglementsentwurf erarbeitet. Unterdessen hatte sich aber die Gruppe der Ansprechpartner aus Migranten aufgelöst. Der Stadtrat hatte sich dann zusammen mit der Integrationskommission sowie der einwohnerrätlichen Integrationsgruppe bemüht, wieder eine Ausländergruppe auf die Beine zu stellen, was wegen fehlender Personen und mangels Motivation leider misslang. Der Einwohnerrat wurde mit Zwischenbericht vom 26.05.2009 über den Stand und das weitere Vorgehen informiert. Im Januar 2010 hatte ein Abschlusstreffen mit den Migranten stattgefunden. Die Besprechungsteilnehmer hatten sich darauf geeinigt, dass das Projekt nicht weiter verfolgt werden soll und dem Einwohnerrat ein Schlussbericht unterbreitet wird. Ergänzend zum stadträtlichen Schlussbericht vom 02. März 2010 kann festgestellt werden, auch der Stadtrat bedaure es, dass im jetzigen Moment die Bildung eines Migrantenparlaments nicht möglich ist. Schade ist es natürlich, dass das Engagement verschiedener Leute schlussendlich zu keinem Resultat führt. Trotz allem muss dieser Umstand nicht als tragisch bezeichnet werden, denn das Engagement von ausländischen Einwohnern für Liestal dürfte unverändert gleich bleiben. Die Migranten hatten sich einfach nicht für das Modell Partizipationsreglement und ein vermehrtes politisches Engagement begeistern können. So wurde von den Migranten selbst gesagt, dass sie bereits andere Wege hätten, um sich politisch einbringen zu können. Alle Parteien könnten deshalb vermehrt propagieren, dass sich Migranten bei ihrer Partei direkt einbringen können.

Elisabeth Spiess (GL) meint, nach den Ausführungen von Stadträtin Marion Schafroth dürfte man wohl die Bestätigung erhalten haben, dass heute die letzte Seite einer unendlichen Geschichte aufgeschlagen werde. Im Zwischenbericht der einwohnerrätlichen Arbeitsgruppe vom Sommer 2007 wurden verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt, wie beispielsweise nichtstimmberechtigte Migranten politisch mit einbezogen werden könnten. Damals war man vom Partizipationsreglement der Stadt St. Gallen überzeugt gewesen. Die Erfahrungen haben aber nun gezeigt, dass der komplizierte und langwierige Weg, wie er vom ausgearbeiteten Liestaler-Reglement aufgezeigt wurde, für die Migranten schwer verständlich ist. Niederschwelligere Lösungen müssen gefunden werden, wie sie im vorgängigen Votum oder bereits im Zwischenbericht vom Sommer 2007 erwähnt wurden. Ihre Fraktion ist der Überzeugung, dass es primär keinen formellen Prozess, sondern einen sozialen Prozess mit politischer Abstützung braucht. Ihre Fraktion überlege sich deshalb, einen neuen Vorstoss mit dieser Stossrichtung einzureichen. Das Kapitel betreffend der Schaffung eines Partizipati-

onsreglementes soll aber geschlossen werden und deshalb wird ihre Fraktion den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Walter Leimgruber (SP) erklärt, auch seine Fraktion bedaure es, dass es nun so aussehe, als ob all die Vorstösse betreffend der Partizipation von Migranten gescheitert seien. Man möchte nicht verstanden haben, dass alles sinn- und erfolglos war, denn im ganzen Prozess ist einiges gelaufen. Sei es die politische Auseinandersetzung im Rat oder beispielsweise die gewonnenen Erkenntnisse der verschiedenen Kommissionen sowie Arbeitsgruppen im Zusammenhang mit den von ihnen geleisteten Arbeiten. Ein wesentlicher Grund für das Scheitern dürfte sein, dass keine kommunalen Migrationsgruppen existieren. Die Migrantinnen und Migranten sind regional und überregional organisiert. Deshalb war keine kommunale Dachorganisation zu organisieren. Wichtige Arbeit wird auch von der Integrationskommission geleistet, welche neu eine eigene Homepage besitze. Die Kommission hat unter anderem die Aufgabe, den Stadtrat sowie andere Behörden und Gremien in Migrationsfragen zu beraten. Somit kann der Einwohnerrat die Integrationskommission bei Bedarf beiziehen. Sorge bereite ihm, dass die Integrationskommission mit beratender Funktion sehr viele operative Arbeiten selbst erledigen muss. Bei personellen Änderungen in der Integrationskommission könnte es durchaus passieren, dass die Aufgaben auf einmal anders definiert würden. Er regt an, dass die einwohnerrätliche Kommission am Leben erhalten bleibt und sich diese einmal jährlich mit der Integrationskommission trifft. Bei diesen Treffen könnten dann Anliegen und Themen besprochen werden, welche Leute aus dem Migrationsbereich bewegen. Die SP-Fraktion kann diesen Vorschlag unterstützen, wird aber dem Antrag für die Abschreibung der Motion zustimmen.

Hans Brodbeck (FDP) ist froh über die von Stadträtin Marion Schafroth gemachten mündlichen Ergänzungen zum stadträtlichen Schlussbericht. Mit dem stadträtlichen Bericht wird den Bemühungen, Lösungsfindungen sowie geleisteten Arbeiten seit dem Jahre 2004 zu wenig Rechnung getragen. Beim Lesen des Schlussberichtes könnte der Eindruck entstehen, dass das Kapitel nach der Verabschiedung durch die Migrantenseite geschlossen werde, was ihm eigentlich so nicht gefalle. Andererseits macht es natürlich keinen Sinn, wenn man etwas erhalten möchte, was aus heutiger Sicht auch nicht lebensfähig ist. Die geleisteten Arbeiten sind erst dann für die Katze, wenn man aus den gemachten Erfahrungen nichts mehr dazu lernen will. Das von Orla Oeri-Devereux eingereichte Postulat im Jahre 2004 für ein Migrantenparlament ist vom Einwohnerrat überwiesen worden. Der Einwohnerrat hatte später entschieden, dass der Vorstoss mit der Bildung eines Schattenparlaments nicht die richtige Lösung sei. Aus dieser Situation heraus ist dann die interfraktionelle einwohnerrätliche Arbeitsgruppe geschaffen worden. Die wichtigsten Arbeiten dieser Arbeitsgruppe sind im Zwischenbericht vom August 2007 aufgeführt. Bereits in diesem Bericht ist erwähnt worden, dass das wichtigste Anliegen der Migranten für ein Stimmrecht auf kommunaler Ebene nur mit einer Änderung der Kantonsverfassung erfüllt werden könne. Die Einführung des kommunalen Stimmrechts ist erfolgreich in einigen Kantonen eingeführt worden und existiert auch in den Ländern rund um die Schweiz. Ein weiteres Anliegen der Migranten ist der Wunsch für eine einfachere Einbürgerungspraxis. So scheitert eine erleichterte Einbürgerung teilweise schon alleine an den Wohnsitzwechseln innerhalb des Kantons, da in derjenigen Gemeinde, in welcher das Gesuch eingereicht wird, keine langjährige Wohnsitzdauer nachgewiesen werden kann. Dass den Migranten keine zusätzlichen Rechte zugestanden werden können, verhält auch deshalb nicht, weil diese ausserhalb der Gemeindegrenzen auf regionaler Ebene organisiert sind. Abschliessend möchte er an den Einwohnerrat appellieren, dass dieser künftig Lösungen für die Migranten sucht, welche einen 25%-Bevölkerungsanteil von Liestal ausmachen.

Doris Lagnaz (SVP) findet es schade, dass die Wünsche schlussendlich nicht in Taten umgesetzt werden konnten. Schade ist auch, dass somit die Umsetzung eines Partizipationsreglementes in der Praxis nicht erprobt werden konnte. Als Schweizerin und als Migrantin konnte sie bei der Mitwirkung der einwohnerrätlichen Arbeitsgruppe die Anliegen, Diskussionspunkte, Begehren und Argumente der Migranten betreffend einem einfacheren Einbürge-

rungsverfahren, einem Stimmrecht auf kommunaler Ebene usw. sehr gut spüren und verstehen. Schweizer-Bürger und Migranten könnten beispielsweise auf vielfältige Art und Weise die Integrationskommission bei ihrer Arbeit unterstützen. Der vorgängig erwähnte Vorschlag für eine Beibehaltung der interfraktionellen einwohnerrätlichen Integrationsgruppe wird von ihr selbst auch unterstützt. Ihre Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Erika Eichenberger (GL) unterstreicht das Votum von Ratsmitglied Walter Leimgruber betreffend der Integrationskommission. Auch in ihrer Fraktion ist festgestellt worden, dass die Integrationskommission wohl strategisch und beratend tätig ist, zugleich aber auch operative Arbeiten zu leisten hat. Eine Trennung dieser beiden Bereiche sollte vom Stadtrat überprüft werden.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf die vorgängige Aussage von Ratsmitglied Hans Brodbeck und informiert darüber, dass erst im letzten Jahr im Landrat ein parlamentarischer Vorstoss für eine Kantonsverfassungsänderung gebodigt wurde. Vielleicht wird in dieser Angelegenheit wieder einmal ein Vorstoss gemacht, welcher dann eine Mehrheit findet.

Stadträtin Marion Schafroth weist auf die Aussagen betreffend der Integrationskommissions-Tätigkeiten hin, und stellt fest, dass diese gar nicht so stark operativ tätig ist, wie dies mehrmals erwähnt wurde. Von der Kommission sind schon verschiedene Projekte angestossen worden, diese sind dann aber wieder abgegeben worden. Einzig beim Projekt „Weltküche“ ist man noch operativ tätig, doch sollen auch diese Arbeiten von einer Arbeitsgruppe erledigt werden, welche unabhängig von der Integrationskommission arbeiten soll. Es ist im Sinn des Stadtrates, dass die Integrationskommission dem Stadtrat beratend Projekte zur Beschlussfassung unterbreitet. Die Integrationskommission verfügt über gewisse Budget-Kompetenzen zur Vereinfachung ihrer Kommissionsarbeit.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden. Betreffend der mehrmals erwähnten Beibehaltung der einwohnerrätlichen Integrationsgruppe wird sich das Büro an einer nächsten Sitzung Gedanken darüber machen, ob hierfür vielleicht eine einwohnerrätliche Spezialkommission gebildet werden könnte.

://: Mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung nimmt der Einwohnerrat vom stadträtlichen Schlussbericht zur Motion Nr. 2007/187 Kenntnis.

://: Die Motion Nr. 2007/187 wird einstimmig als erledigt abgeschrieben.

142 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Parkplätze an der Kasernenstrasse – Bericht Stadtrat zum Postulat von Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP-Fraktion) betreffend Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen an der Kasernenstrasse, als Notlösung während der Bauzeit (Nr. 2008/26, Nr. 2008/26a)

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt als Postulantin, dass sie in einem Interview von Stadtrat Ruedi Riesen vor rund zwei Wochen gelesen habe, dass provisorische Parkplätze geschaffen werden müssen, auch wenn diese nicht ins städtebauliche Konzept passen. Sie bedanke sich für den stadträtlichen Bericht zu ihrem Postulat, welches vor rund einem Jahr an den Stadtrat überwiesen wurde. Die Verlegung der Bushaltestelle und die Schaffung der zusätzlichen Parkplätze bis Ende Jahr wird begrüsst. Sie weise darauf hin, dass die Trottoirbreite gesetzlich nicht vorgeschrieben ist und die Kürzung derselben um weitere 50 Centimeter durchaus möglich wäre. Mit einem Anfüllen beziehungsweise einem Abrunden der Trottoirränder wäre beidseitig der Kasernenstrasse eine Längsparkierung möglich. Sie sei nach wie vor davon überzeugt, dass eine Schrägparkierung punktuell möglich wäre. Vom Tiefbauamt wurde gar die Meinung vertreten, dass ein Parkieren entlang der Hausfassaden ideal wäre. Die Fiko empfiehlt in ihrem Bericht betreffend dem Parkhaus Bücheli, dass für die Zeit während den bevorstehenden Bauarbeiten im Stedtli Ersatzparkplätze beschafft werden. Die zusätzlichen Parkplätze beim Konrad Peter-Areal wurden bewilligt, doch nun sollten auch Parkplätze auf der anderen Seite des Stedtlis und das dortige Gewerbe geschaffen werden. Man kann deshalb auf die Parkplatzsituation-Lösungen während der Manor-Bauarbeiten gespannt sein. Sie erwartet, dass der Einwohnerrat diesbezüglich wieder rechtzeitig informiert wird. Aus diesem Grund soll ihr Postulat noch nicht abgeschrieben werden.

Martin Spiess (FDP) orientiert, seine Fraktion werde dem stadträtlichen Antrag zustimmen. Auch die FDP-Fraktion hoffte, dass an der Kasernenstrasse Ersatzparkplätze realisiert werden. Mit dem Manor-Neubau fallen 200 Parkplätze beim Parkhaus Bücheli weg und beim Konrad Peter-Areal werden gerade 90 Ersatzparkplätze geschaffen. Im Geiger-Bericht wird festgehalten, dass nach wie vor Kunden-Parkplätze für das Stedtli fehlen. Gerade in der Kasernenstrasse hätten mit Massnahmen wie Geschwindigkeitsbegrenzungen, Schmälerung der Strasse und Trottoirs zusätzliche Ersatz-Parkplätze geschaffen werden können.

Stadtrat Ruedi Riesen stellt fest, dass Dutzende von neuen Parkplätzen geschaffen wurden. Die gemachten Vorschläge für die Realisierung von zusätzlichen Parkplätzen entlang der Kasernenstrasse sind aber alleine aus technischer Hinsicht nicht umsetzbar. Die vom Tiefbauamt gegenüber der Postulantin gemachte Aussage ist beim Stadtbauamt nicht aktenkundig. Dem Stadtbauamt ist nach Intervenieren der Stadt vom Tiefbauamt schriftlich bestätigt worden, dass wegen der Busverbindung über die Kasernenstrasse keine zusätzlichen Parkplätze realisiert werden können. Temporeduktionen sind nicht möglich, wenn diese von der Kantonspolizei für die Kantonsstrasse „Kasernestrasse“ nicht bewilligt werden. Einen ähnlichen abschlägigen Entscheid hatte die Stadt auch im Zusammenhang mit der Rosenstrasse erhalten. Mit aller Deutlichkeit muss festgehalten werden, dass während der Manor-Bauphase keine weiteren Ersatzparkplätze, mit Ausnahme derjenigen beim Konrad Peter-Areal, geschaffen werden.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Einwohnerrat von der stadträtlichen Antwort Kenntnis.

://: Mit grossem Mehr bei 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung wird das Postulat Nr. 2008/26 abgeschrieben.

143 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Verkehrssituation an Seltisbergerstrasse – Bericht Stadtrat zur Motion von Hanspeter Stoll namens der SP-Fraktion betreffend Verbesserung der Verkehrssituation an der Seltisbergerstrasse (Nr. 2009/57, Nr. 2009/57a)

Hanspeter Stoll (SP) dankt als Motionär für die rasche Abwicklung und Berichterstattung des Stadtrates innert zwei Monaten. Er ist froh darüber, dass betreffend der Verkehrsregelungen an der Seltisbergerstrasse Klarheiten geschaffen werden konnten und so kann er auch die Abschreibung seiner Motion befürworten.

Hans Brodbeck (FDP) ist erstaunt über die positiven Aussagen von Motionär Hanspeter Stoll. Seine Fraktion nimmt den stadträtlichen Bericht zur Kenntnis, obwohl man mit der neuen Verkehrsregelung nicht glücklich ist. Denn es wurde nur geändert, dass die Velofahrer bei der Langhagstrasse kein Vortrittsrecht mehr haben. Natürlich fahren diese genau wie vorher von der Langhagstrasse in die Seltisbergerstrasse. Mit der Aufhebung sämtlicher Rechtsvortritte entlang der Seltisbergerstrasse sind nun die Unsicherheiten betreffend der Vortrittsberechtigungen verloren gegangen und die Strassen werden nun viel schneller befahren als vorher. Bestraft werden damit nun die Fussgänger und Kinder, welche man mit einer neuen Verkehrsregelung eigentlich besser schützen wollte. Auf sein Schreiben hatte er vom Stadtrat die Antwort erhalten, dass vom Kanton mögliche Verbesserungen entlang der Seltisbergerstrasse im Rahmen der nächsten Sanierung der Seltisbergerstrasse in Aussicht gestellt werden können. Auf den Termin der Kantonsstrassen-Sanierung habe die Stadt aber keinen Einfluss. Die im stadträtlichen Bericht aufgeführten Massnahmen sind keine Lösung, sondern müssen als Mogelpackung bezeichnet werden.

Matthias Zimmermann (SP) erinnert daran, dass die Zeiten vorbei seien, in welchen man vor jedem Schulhaus eine Rennbahn gebaut habe. Die im Bericht erwähnten Änderungen sind deshalb genau verkehrt. Denn heute werden auch bei Durchgangsstrassen innerorts Tempo 30-Zonen eingeführt, was zusätzliche Sicherheiten für die Fussgänger mit sich bringt. Die getroffenen verkehrspolizeilichen Massnahmen bei der Seltisbergerstrasse sind keine Mogelpackung, sondern sind ganz einfach eine schlechte Lösung. In vergangener Zeit ist die Stadt Liestal oftmals durch das kantonale Tiefbaamt schlecht bedient worden, denkt man beispielsweise die Planung und Umsetzung von Begegnungszonen, Tempo 30-Zonen usw. Ein Umdenken betreffend dem Langsamverkehr innerorts usw. ist bei den kantonalen Stellen unbedingt nötig.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) stellt als Anwohnerin der Wetterchrüzstrasse fest, dass die frühere Verkehrsregelung eine Katastrophe war. Mit der neuen Signalisation wurden vermehrt Klarheiten geschaffen und der Verkehr ist ruhiger geworden. Zu der vorgängig gemachten Aussage, dass nun schneller gefahren werde, kann sie keine Erklärung abgeben. Allen Verkehrsteilnehmern sollte vermehrt bewusst werden, welche Gefahren ein zu schnelles Fahren oder ein unachtsames Hinausfahren in eine andere Strasse mit sich bringen. Sie selbst findet die heutige Verkehrssituation entlang der Seltisbergerstrasse besser, kann aber nicht beurteilen, ob die neuen Signalisationen tatsächlich optimal sind.

Hanspeter Stoll (SP) legt dar, mit seiner Motion wollte er eigentlich keine Diskussion über Verkehrsregeln und Velofahrer auslösen, sondern einzig eine Verbesserung der Verkehrssituation bei der Seltisbergerstrasse anstreben. Verschiedene Behauptungen im Zusammenhang mit den velofahrenden Schülern etc. wurden gemacht. Als Lehrer habe er von rund 30 Schülern aus Bubendorf die Rückmeldung erhalten, dass sich die Situation verbessert habe. Dies sollte vom Einwohnerrat nun ganz einfach zur Kenntnis genommen und deshalb auch seine Motion als erledigt abgeschrieben werden. Eine Lösung wurde geschaffen und so

macht es keinen Sinn, wenn an der heutigen Sitzung in einer gesamtpolitischen Schau über den Kanton, Verkehrsregelungen etc. debattiert wird.

Paul Pfaff (SVP) hält als direktbetroffener Anwohner fest, dass die neue Verkehrsregelung eine gute Sache sei, wurden doch damit klare Verhältnisse für alle geschaffen. Spinner und Raser wird es im Strassenverkehr immer geben, doch verhält sich ein Grossteil der Verkehrsteilnehmer korrekt, weshalb nicht überall eine Tempo 30-Zone nötig ist. Mit ganz wenigen Ausnahmen fahren die Fahrzeuge in Richtung Seltisberg nicht zu schnell. Nicht nur ihm ist bekannt, dass zwischen dem Abschnitt Burgkreuzung bis zur Wetterchrüz-Kreuzung noch nie eine Geschwindigkeitskontrolle durchgeführt wurde. Mit Geschwindigkeitskontrollen durch den Kanton dürfte die Raserei beim betreffenden Abschnitt aufhören.

Matthias Zimmermann (SP) meint, bei der heutigen Diskussion betreffend Verkehrsbesse-
rungsmassnahmen gehe es ja nicht um die vielen Vernünftigen und Anständigen im Stras-
senverkehr. Denn problematisch sind die übrigen Verkehrsteilnehmer, für die auch andere
Massnahmen im Strassenverkehr zu treffen sind.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) teilt mit, dass keine weiteren Wortmeldungen mehr vor-
liegen und deshalb über die stadträtlichen Anträge abgestimmt werden kann.

://: Der Einwohnerrat nimmt einstimmig Kenntnis vom stadträtlichen Bericht gemäss Vor-
lage Nr. 2009/57a.

://: Einstimmig wird vom Einwohnerrat die Motion Nr. 2009/57 als erledigt abgeschrieben.

144 0.01.011.01 Einwohnerrat

**7. Quartierplanung Ziegelhof, Planungskredit – Bericht und Antrag
Stadtrat (Nr. 2010/98)**

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadtrat Ruedi Riesen bemerkt, es sei dem Stadtrat wichtig, dass im Rahmen des Planungsverfahrens klare fixe Bedingungen für alle Beteiligten wie Eigentümer, Investoren usw. definiert werden. Der QP Ziegelhof wird eine recht grosse politische Tragweite haben, wie dies beim QP Manor auch der Fall war. Bei der Planung sind viele Beteiligte und zu berücksichtigende Punkte wie das örtliche Gewerbe, Verkehrsfluss, Parkierung, wirtschaftliche Taktgeber und angrenzende Gebiete tangiert.

Die Hauptpunkte und stadträtlichen Bedingungen wurden wie folgt definiert: Die Hauptnutzung soll ein eingeschossiges Einkaufszentrum sein, bei welchem die Zugänge zum Stedtli wichtig sind. Betreffend der Nebennutzungen sind vom Hauptmieter bereits Kontakte mit weiteren Mietern, KMU Liestal und einem Begleitgremium geknüpft worden. Ein weiterer wichtiger Punkt wird die Verbindung ins Stedtli sein. Die Erkenntnisse aus der Planung Zentrum Nord sind zu berücksichtigen. Der Masterplan beinhaltet einen behördenverbindlichen Richtplan und wird im Mai 2010 dem Einwohnerrat zur Beschlussfassung unterbreitet. Im Planungsgebiet werden rund 200 neue Parkplätze geschaffen, wobei die Stadt Liestal keine zusätzlichen öffentlichen Parkplätze schaffen oder finanzielle Strukturbeiträge leisten wird.

Die Planungskosten konnten mittlerweile auf CHF 550'000 gekürzt werden. Es ist wichtig, dass die Stadt im städtebaulichen Bereich Einfluss nehmen und somit das öffentliche Interesse mitsteuern kann. Das heisst, dass die Bereiche Ortsplanung sowie die Projektkoordination von der Stadt zu finanzieren sind. Die restlichen Planungskosten werden vom jetzigen Eigentümer vorfinanziert und in einem späteren Zeitpunkt dem Investor überbunden. Es gibt keinen eigentlichen Projektpromotor, weil die Ziegelhof Immobilien AG als Grundeigentümerin zusammen mit dem Investor und dem Hauptmieter sowie der Stadt Liestal als Verantwortliche für die Projektleitung verantwortlich zeichnen. Die Zuständigkeiten sind vermutlich fixierter, als dies beim Manor-Projekt vor sieben Jahren der Fall war. Beim Manor-Projekt waren sieben Landeigentümer beteiligt, womit doch einige Hürden übersprungen werden mussten. Beim QP Ziegelhof dürfte es mit nur gerade einem Grundeigentümer wesentlich einfacher werden. Der Einwohnerrat wird gebeten, dem beantragten Planungskredit zuzustimmen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) findet ebenfalls, dass es sich um ein tolles Projekt handelt. Dass die Stadt die öffentlichen Interessen wahrnehmen soll ist selbstverständlich und dafür stehen auch stadtteigene Planungsbehörden zur Verfügung. In seiner Fraktion stellt sich aber die Frage, warum die Stadt trotzdem einen Planungskostenbeitrag von CHF 210'000 bezahlen soll. Es scheint so, dass es sich um einen willkürlichen Betrag handelt. Seine Fraktion stellt den Antrag, dass der Planungskredit auf CHF 100'000 reduziert wird.

Lorenz Rudin (FDP) erklärt, seine Fraktion sei der Meinung, dass das Ziegelhofareal einen zentralen Anteil an dem sich bildenden Speckgürtel rings um die Liestaler-Altstadt darstellt. Die geplante Nutzung wird als sinnvoll erachtet. Ein weiterer Pluspunkt ist die Anbindung an das Stedtli, von welcher die Geschäfte in der Altstadt profitieren können. Eine baldige Nutzung des QP-Areals liegt seiner Fraktion am Herzen, ist doch das Ziegelhofareal schon seit ein paar Jahren ungenutzt. Der Investor ist namentlich noch nicht bekannt, doch aufgrund der vom jetzigen Grundeigentümer geleisteten Vorinvestition kann damit gerechnet werden, dass dieser bald in eine Realisierungsphase übergehen will. Dieses Engagement soll honoriert werden. Gleichzeitig soll ein Zeichen dafür gesetzt werden, dass Liestal gegenüber seriösen Investoren offen ist. Seine Fraktion ist für eine Direktberatung und wird dem stadträtlichen Antrag zustimmen.

Peter Küng (SP) berichtet, auch seine Fraktion sei froh darüber, dass beim Ziegelhofareal etwas gehe und man dem Geschäft sehr positiv gegenüberstehe. Froh ist man auch darüber, dass sich ein Investor und ein Grossverteiler für den Standort Liestal entschieden haben. Wichtig ist, dass die Stadt Liestal von Anfang bei der Planungsphase dabei sein kann. Die SP-Fraktion wird dem Planungskredit von CHF 210'000 zustimmen.

Hanspeter Meyer (SVP) sagt, auch die SVP-Fraktion sei erfreut über das geplante zügige Vorgehen. Die stadträtlichen Bemühungen werden unterstützt, weshalb man dem Kreditbegehren zustimmen wird.

Hanspeter Zumsteg (GL) betont, es sei äusserst wichtig, dass die Stadt im Rahmen des QP-Verfahrens die öffentlichen Interessen wahrnimmt, wie dies auch im Baugesetz festgehalten ist und verlangt wird. Das Planungsgebiet Ziegelhof als Schnittstelle zwischen der Altstadt und dem Planungsgebiet Zentrum Nord ist hochattraktiv für gewerbliche Interessenten. Und darum ist es wichtig, dass sich die Stadt stark in der Planung engagieren kann. So können optimal die Anliegen betreffend der Erschliessung, dem Parkhaus und hindernisfreien Zugängen gewährleistet werden. Erfreulich ist auch, dass man sich betreffend den Planungszuständigkeiten sowie Kostenaufteilungen einigen konnte. Mit der finanziellen Kostenbeteiligung der Stadt beziehungsweise der Bewilligung eines Planungskredites setzt Liestal ein positives Signal zu Gunsten einer Attraktivitätssteigerung von Liestal. Seine Fraktion wird dem stadträtlichen Antrag zustimmen.

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt Bezug auf das Votum von Ratsmitglied Gerhard Schaefroth und legt dar, dass der beantragte Planungskredit nicht einfach aus der Luft gegriffen wurde. Seit Dezember werden Verhandlungen mit den Planern und Investoren geführt. Die ausgewiesenen Planungskosten kommen immerhin während den nächsten 18 – 20 Monaten zusammen. Die Vorleistungen wurden vorwiegend vom Grundeigentümer gemacht, was bemerkenswert ist und auch honoriert werden soll. Die detaillierten Planungskosten sind aktenkundig und nachweisbar. Bei einer Gutheissung des Gegenantrages mit einem Planungskredit von CHF 100'000 wäre der Grundeigentümer nicht mehr im gleichen Boot.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Die Ratsmitglieder werden über das Abstimmungsverfahren in Kenntnis gesetzt.

://: Der Antrag der CVP/EVP/GLP-Fraktion für eine Kürzung des Planungskredites auf CHF 100'000 wird mit 6 Ja-Stimmen bei 24 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass der Gegenantrag grossmehrheitlich abgelehnt wurde und somit über den stadträtlichen Antrag gemäss Vorlage Nr. 2010/98 abgestimmt wird.

://: Einstimmig genehmigt der Einwohnerrat den erforderlichen Planungskredit für die Entwicklung des Ziegelhofareals von CHF 210'000 inkl. MWSt. und Nebenkosten zu Lasten der Investitionsrechnung.

145 0.01.011.01 Einwohnerrat

**8. Quartierplanung Florhof, Beschlussfassung – Bericht und Antrag
Stadtrat (Nr. 2010/99)**

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) informiert darüber, dass das Büro dem Einwohnerrat beantragt, die Vorlage an die Bau- und Planungskommission zu überweisen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) orientiert, seine Fraktion unterstütze den Antrag für die Überweisung der Vorlage an die BPK.

Lorenz Rudin (FDP) erklärt, auch seine Fraktion stimme dem Antrag für eine Überweisung der Vorlage an die BPK zu.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem Antrag des Ratsbüros für die Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung wird einstimmig zugestimmt.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) weist darauf hin, dass eine Quartierplan-Genehmigung 2 Lesungen im Einwohnerrat bedarf.

146 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Verfall ehemalige Gestadeckmühle (Ergolzhof) – Antwort Stadtrat zur Interpellation von Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion betreffend Verfall der ehemaligen Gestadeckmühle (Nr. 2009/79)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Hanspeter Meyer
Einwohnerrat Liestal
SVP-Fraktion

14. Dezember 2009

Interpellation betreffend Verfall der ehemaligen Gestadeckmühle (Ergolzhof)

1. Ausgangslage

Das vorstädtische Gestadeck-Quartier entstand im 14. Jahrhundert. Das markanteste Gebäude in diesem Quartier wurde um 1600 als Gestadeckmühle erstellt und im 18. Jahrhundert zum Landgut (Ergolzhof) ausgebaut. 1812 wurde das Gebäude vom Deputatenamt erworben und von 1813 bis 1833 als Spital, sog. Oberes Spital, genutzt. Von 1833 bis 1863 diente es als Kaserne (alte Kaserne).

2. Heutiger Zustand

Der Ergolzhof – im Privatbesitz – zerfällt zusehend, und bietet heute einen traurigen Anblick. Es ist schade, dass dieses schöne historische Gebäude nicht mehr saniert wurde. Es ist klar, dass die öffentliche Hand nur beschränkt Einfluss nehmen kann, doch ist es meiner Meinung nach einen Versuch wert, mit den Grundeigentümern das Gespräch zu suchen, ob es möglich ist, den Ergolzhof auch für zukünftige Generationen zu erhalten, ist damit doch viel Liestaler Geschichte verbunden.

3. Fragen

- a) *Ist der Stadtrat bereit, aktiv zu werden, damit der Ergolzhof erhalten werden kann?*
- b) *Wenn ja, sieht er Möglichkeiten (z.B. zusammen mit der Kantonalen Denkmalpflege) mit den Grundeigentümern abzuklären, welche Möglichkeiten sich für eine Sanierung anbieten?*

sig. Hanspeter Meyer

* * * * *

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt zum politischen Vorstoss und den Fragen des Interpellanten Stellung: Die erste Frage kann klar bejaht werden. Zur möglichen Sanierung gemäss der zweiten Frage kann darüber informiert werden, dass bei der Interpellationseinreichung im Dezember 2009 gleichzeitig die Quartierplanung Gestadeck aufgelegt wurde. In diesem Zusammenhang muss auch die ganze Verkehrsführung beim Gestadeck-Areal subtil geprüft werden. Vom Quartierplaner wird erwartet, dass auch das Parking rund um den Ergolzhof neu organisiert wird. Sobald der Quartierplan im Entwurf vorliege, werde man den Eigentümer des Ergolzhofes kontaktieren. Von Mietern des Ergolzhofes habe er erfahren, dass eine sanfte Sanierung des Ergolzhofes mit neuer Gartenanlage geplant sei. Die Liegenschaftssanierung sollte sinnvollerweise mit der QP-Realisierung koordiniert werden. Der Ergolzhof ist in einer der höchsten Schutzkategorien und eine subtile Sanierung ist mit der kantonalen Denkmalpflege zur gegebenen Zeit noch zu besprechen.

Hanspeter Meyer (SVP) dankt als Interpellant für die stadträtliche Beantwortung seiner Fragen. Erfreulich ist, dass sich auch der Stadtrat für den Erhalt des Ergolzhofes einsetzen wird. Eine Diskussion ist nicht erwünscht.

Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt.

147 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Oeko-Taxi in Liestal – Postulat von Pascal Porchet der FDP-Fraktion betreffend Oeko-Taxi in Liestal (Nr. 2009/80)

Vize-Stadtpräsident Lukas Ott erklärt, der Stadtrat sei bereit, das Postulat zu übernehmen.

Pascal Porchet (FDP) dankt als Postulant dem Stadtrat für die Entgegennahme seines Vorstosses. Er möchte keine weiteren Ergänzungen anbringen.

Erika Eichenberger (GL) merkt an, dass bei einem allfälligen Angebot an Oeko-Taxistandplätzen auch konsequent das Fahr-, Parkier- und Anhalteverbot in der Rathausstrasse konsequent durchgesetzt wird, wie dies von Paul Pfaff mit seiner neuen Motion (Vorlage Nr. 2010/100) verlangt wird.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2009/80 an den Stadtrat überwiesen.

148 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. SBB-Tageskarten Gemeinde – Postulat von Martin Spiess der FDP-Fraktion betreffend SBB Tageskarten Gemeinden (Nr. 2009/84)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*Martin Spiess
FDP Fraktion*

Postulat

SBB Tageskarten Gemeinde

Der Stadtrat wird eingeladen der Bevölkerung 4 weitere Tageskarten Gemeinde anzubieten. Diese sollen zusätzlich per Kreditkarte bezahlt und per Post versendet werden können. Der Verkaufspreis könnte durchaus etwas angehoben werden (Fr. 36.- für Einheimische, Fr. 40.- für Auswärtige). Der Kantonshauptort Liestal hat im Moment vier Tageskarten Gemeinde welche zum grössten Teil Wochen im Voraus reserviert sind. Das tolle Angebot bleibt dadurch vielen verwehrt.

Folgende Vorteile entstehen der Stadt:

Standortvorteil

Förderung des öffentlichen Verkehrs

Viel grössere Verdienstmöglichkeit bei nur geringfügigem Mehraufwand für die Stadt Liestal

Positive Wahrnehmung bei der Bevölkerung

Folgende Vorteile entstehen den Kunden:

Die doppelte Anzahl Personen können von diesem Angebot profitieren

Der Stadtrat wird eingeladen, dieses Anliegen zu prüfen und umzusetzen

14.12.2009

Martin Spiess

* * * * *

Martin Spiess (FDP) erklärt als Postulant, die vier Tageskarten der Stadt seien über Wochen hinaus ausgebucht. Die Situation betreffend der Anschaffung zusätzlicher Tageskarten ist schwieriger geworden, da die SBB die Tageskarten künftig massiv teurer an die Gemeinden verkaufen will und diese morgens erst ab 09.00 Uhr Gültigkeit haben sollen. Mit diesen neuen Bedingungen dürfte die Abgabe von Tageskarten durch die Gemeinden grundsätzlich in Frage gestellt werden, weshalb verschiedene Gemeinden bereits mit einem offenen Brief an den Bundesrat vorstellig geworden sind. In der Annahme und mit der Hoffnung, dass die Neuerungen nicht eintreffen werden, hält er nach wie vor an seinem Vorstoss fest. Wichtig wäre, dass die Tageskarten künftig auch übers Internet bezahlt werden könnten. Dies würde ebenfalls eine Entlastung der Tageskasse mit sich bringen.

Markus Meyer (SVP) bemerkt, er habe dem Postulanten schon bei der Einreichung des Postulates aus den bekannten und soeben erwähnten Gründen empfohlen, das Postulat zurückzuziehen. Eine Überweisung des Vorstosses macht angesichts der verschiedenen Unklarheiten wenig Sinn, da unter anderem auch der Schweizerische Gemeindeverband sowie verschiedene Verbände des Kantons bezüglich den neuen Bedingungen in Bern vorstellig geworden sind. Sollten die SBB stur bleiben und sich mit dem Segen des Preisüberwachers durchsetzen, so dürften die Gemeinde-Tageskarten wohl nicht mehr lange angeboten werden. Im Sommer dürfte diesbezüglich einiges klarer sein und so könnten im besten Fall immer noch zusätzliche Tageskarten im Budget 2011 veranschlagt werden. Das Postulat sollte deshalb zurückgezogen werden.

Martin Spiess (FDP) kann den Vorschlag von Ratsmitglied Markus Meyer unterstützen. Er möchte aber vom Stadtrat wissen, ob dieser analog anderen Gemeinden mit einem Brief bei den SBB intervenieren würde.

Vize-Stadtpräsident Lukas Ott erklärt, der Stadtrat sei gewillt das Postulat zu übernehmen und auch mit einem Schreiben bei den SBB vorstellig zu werden.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) informiert, auch ihre Fraktion unterstützt die Überweisung des Vorstosses an den Stadtrat. Gemäss Auskunft der Verwaltung würde der administrative Aufwand bei der Bezahlung der Tageskarten mit Kreditkarten grösser werden. Gegebenenfalls wäre eine leichte Anhebung der Verkaufspreise gerechtfertigt, damit das Dienstleistungsangebot der Gemeinde kostendeckend abgewickelt werden könnte.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden. Bei einer Überweisung des Postulates wäre der Stadtrat nicht dazu verpflichtet, die Anschaffung von zusätzlichen Tageskarten in die Wege zu leiten.

://: Mit grossem Mehr bei 3 Enthaltungen wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen.

149 0.01.011.01 Einwohnerrat

12. Strassenbeleuchtung – Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend einer ökologisch effizienten Strassenbeleuchtung (Nr. 2009/85)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*Erika Eichenberger
Namens der Grünen Fraktion
Einwohnerrat Liestal*

14.12.2009

Postulat für eine ökologisch effiziente Strassenbeleuchtung

Bei der Strassenbeleuchtung besteht in vielen Gemeinden ein beachtliches Sparpotenzial beim Stromverbrauch.

Die verschwenderischste Kantonshauptstadt braucht für die Beleuchtung ihrer Strassen sechsmal mehr Strom als die sparsamste, deckt eine neue WWF-Studie auf. Dies schlägt sich denn auch in der Rechnung nieder:

Mit einer effizienten Beleuchtung könnten die Schweizer Steuerzahler ohne Sicherheitsverlust jedes Jahr 80 Millionen Franken sparen.

Beim Städtevergleich der Schweizerischen Agentur für Energieeffizienz (S.A.F.E.) und des WWF hat sich Liestal leider nicht beteiligt.

Ich bitte den Stadtrat zu prüfen und dem Einwohnerrat zu berichten, wie der Stromverbrauch bei der Strassenbeleuchtung in Liestal zu reduzieren wäre ohne die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer zu beeinträchtigen.

Da die Stadt Liestal den Unterhalt der Strassenlaternen an die EBL delegiert, bitte ich den Stadtrat auch zu prüfen, ob mit einer entsprechenden Effizienzvorgabe an den Leistungserbringer die jährlichen Kosten zu senken wären.

*Erika Eichenberger
Grüne Fraktion*

* * * * *

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, der Stadtrat sei bereit, das Postulat zu übernehmen. Der Inhalt des Postulates deckt sich mit einem der Jahresziele, welches der Energiekommission bereits zur Vorberatung überwiesen wurde.

Erika Eichenberger (GL) dankt dem Stadtrat für die Entgegennahme des Postulates. In Liestal sind schon versuchsweise LED-Lampen montiert worden. Erfahrungen in anderen Städten und Agglomerationen zeigen, dass mit einer effizienten Strassenbeleuchtung Strom und Kosten eingespart werden und auch Lichtverschmutzungen vermieden werden können. Allein schon mit der Umrüstung auf die neue Technologie können Kosten eingespart werden. Mit dem Einbau von Sensoren ist es möglich, die Lichtstärke und Brenndauer von Strassenlampen optimal einstellen zu können. Das Elektrizitätswerk Zürich hat rund 90 % der Lampen

von 01.00 – bis 05.00 Uhr morgens abgeschaltet. Dies führt zu Strom- und Kosteneinsparungen, ohne dass dies in der Bevölkerung auf Kritik stösst oder zu Einschränkungen bezüglich der Sicherheit führt.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig bei 1 Enthaltung wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen.

150 0.01.011.01 Einwohnerrat

13. Fүүrwagen-Jahresplatz – Antwort Stadtrat zur Interpellation von Paul Pfaff namens der SVP-Fraktion betreffend Jahresplatz für die Fүүrwagen (Nr. 2010/90)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Paul Pfaff
Namens der SVP Fraktion*

Interpellation betreffend Jahreslagerplatz für die Fүүrwagen

Der Chienbäse-Umzug ist ein Grossanlass für Liestal und erfreut sich ständig wachsender Zuschauerzahlen.

Durch dieses Ereignis wird auch die Stadt Liestal allgemein bekannt.

Vom Fasnachtskomitee-Präsidenten, Ruedi Schaftroth, habe ich erfahren, dass der vorgesehene Ort unter der Brücke beim Gestadeckplatz für die Lagerung der Fүүrwagen nicht zur Verfügung steht; die Stadtbetriebe haben Eigenbedarf angemeldet.

Die jetzige Situation unter der Brücke Kasinostrasse ist nicht mehr haltbar.

Die abgestellten Fүүrwagen sind aufgrund der engen Platzverhältnisse so ineinander geschachtelt, dass eine gründliche Wagenkontrolle durch die Feuerwehr schlicht unmöglich ist.

Zudem können die tonnenschweren Fүүrwagen, wenn das Gelände nass ist, nur mit Spezialgerät unter der Brücke hervorgezogen werden.

Ich bitte den Stadtrat folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Hat der Stadtrat davon Kenntnis, wie sich der jetzige Lagerstandort unter der Brücke Kasinostrasse vor und nach der Fasnacht darstellt?*
- 2. Was gedenkt der Stadtrat zu unternehmen, um diese unhaltbare Situation zu entschärfen?*
- 3. Wann wird dem ER ein Vorschlag unterbreitet?*
- 4. Ist der Stadtrat bereit, bis zur Fasnacht 2011 ein geeigneter, gedeckter Ganzjahresplatz zur Verfügung zu stellen?*

Der Unterzeichnende dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der obigen Fragen.

Für die SVP Fraktion

Paul Pfaff

Liestal, 22.01.2010

* * * * *

Stadträtin Marion Schafroth nimmt zum politischen Vorstoss und den Fragen des Interpellanten Stellung. Frage 1: Der Stadtrat hat sich darüber informieren lassen, wie die Situation des jetzigen Lagerstandortes unter der Brücke der Kasinostrasse ist. Frage 2: Der Stadtrat selbst wird nichts unternehmen, doch werden die Betriebe sich der Problematik annehmen, Gespräche führen und mögliche Lösungen suchen. Frage 3: Nach dem jetzigen Wissens- und Informationsstand kann davon ausgegangen werden, dass dem Einwohnerrat keine Vorlage betreffend dem Fүүrwagen-Jahreslagerplatz zur Beschlussfassung zu unterbreiten ist. Dies kann wohl auf operativer Ebene zur Zufriedenheit aller Beteiligten erledigt werden. Frage 4: Diese Frage muss nach jetzigem Wissensstand verneint werden. Die Stadt besitzt keinen gedeckten Lagerplatz, welcher zur Verfügung gestellt werden könnte. Beim jetzigen Lagerplatz zeichnet sich eine Lösung zur Verbesserung der heutigen Situation ab.

Paul Pfaff (SVP) ist als Interpellant grundsätzlich zufrieden mit der Beantwortung seiner Fragen und wünscht keine Diskussion. Kontakte mit Frau Christiani der Betriebe haben bereits stattgefunden und nächste Woche findet ein Treffen vor Ort statt. Mit baulichen Massnahmen dürfte die aktuelle Situation etwas entschärft werden. Den Fүүrwägeln ist klar, dass in der Stadtnähe kein gedeckter Lagerplatz gefunden und zur Verfügung gestellt werden kann. Der Vorstoss ist auch auf Anraten der Feuerwehr eingereicht worden, da diese die Fүүrwagen im jetzigen Gewühle auf dem Lagerplatz schlecht kontrollieren können.

Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt.

151 0.01.011.01 Einwohnerrat

14. Velounterstände, Bewilligungspflicht – Postulat von John Brunner namens der SVP-Fraktion betreffend Abschaffung der Bewilligungspflicht für Velounterstände (Nr. 2010/91)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*John Brunner
Namens der SVP-Fraktion*

Postulat

Abschaffung der Bewilligungspflicht für Velounterstände

Seit dem 01. Mai 2009 unterstehen die Velounterstände in Basel nicht mehr der Bewilligungspflicht.

Gesetzliche Grundlage BL: Gemäss § 92 der Verordnung zum kantonalen Raumplanungs- und Baugesetz obliegt die Bewilligungserteilung für Kleinbauten in Liestal der Stadt.

Das Verfahren ist für den Bürger insofern aufwendig, da er von der Nachbarschaft ebenfalls das schriftliche Einverständnis für den Bau eines simplen Velounterstandes benötigt.

Die Energiestadt Liestal könnte mit der Abschaffung der Bewilligungspflicht für Velounterstände einen sinnvollen Beitrag zur Förderung des ökologischen Individualverkehrs leisten.

Der Stadtrat wird eingeladen die Abschaffung der Bewilligungspflicht für Velounterstände zu prüfen.

Für die SVP Fraktion

John Brunner

* * * * *

Stadtrat Ruedi Riesen legt dar, dass die Bewilligungspflicht im kantonalen Raumplanungs- und Baugesetz verankert ist. Der Stadtrat hat sich daran zu halten und eine Gesetzesänderung wäre nur durch das Kantonsparlament möglich. Der Stadtrat kann und darf deshalb das Postulat gar nicht entgegen nehmen.

John Brunner (SVP) nimmt die stadträtliche Stellungnahme entgegen.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass nach wie vor über die Überweisung des Postulates zur Diskussion steht. Auch bei einer Überweisung des Postulates könnte aber wegen der kantonalen Gesetzgebung die Bewilligungspflicht für Velounterstände vom Stadtrat nicht abgeschafft werden.

John Brunner (SVP) erklärt, dass das Postulat unter diesen Gesichtspunkten zurückgezogen wird.

152 0.01.011.01 Einwohnerrat

15. Verkehr Quartier Sigmundstrasse/Altbrunnenweg – Postulat von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion für verkehrsberuhigende Massnahmen im Quartier Sigmundstrasse/Altbrunnenweg, Liestal Ost (Nr. 2010/92)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Vreni Wunderlin-Friedli
CVP/EVP/GLP

Postulat für verkehrsberuhigende Massnahmen im Quartier Sigmundstrasse/Altbrunnenweg, Liestal Ost

Aktuelle Situation:

Der Auto-Verkehr durch die Sigmundstrasse (Bereich Zollschule) nimmt stetig zu. Die Sigmundstrasse wird oft als Umfahrung zur Einfahrt Kasernenstrasse benutzt. Nachdem in Liestal nun schon Erfahrungen mit der Zone 30 vorhanden sind, bietet sich dieses Quartier hierfür auch an, da mehrere (Klein)kinder im Quartier wohnen und sich ausserdem eine Schule im Quartier befindet.

Der Altbrunnenweg dient den Zollschülern als Zufahrt zu den Parkplätzen. Ihre An- und Wegfahrt geschieht meist in rasantem Tempo. Es gibt keinen Grund, diese Strasse in schnellem Tempo absolvieren zu müssen und man biegt auch nicht aus Versehen auf diese Strasse ein, wenn man zügig von einem Ort zum anderen fahren möchte. Die Autofahrenden, die diesen Weg benutzen, können somit unproblematisch ein langsames Tempo zugunsten der gefahrlosen Wohnsituation anschlagen.

Ich bitte den Stadtrat zu prüfen, ob auch in diesem Quartier die Zone 30 als beruhigende Verkehrsmassnahme seine Berechtigung hat, da die entsprechenden Anforderungen hierzu gegeben sind.

Vreni Wunderlin

* * * * *

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) fände es begrüssenswert, wenn die Tempo 30-Zone gemäss ihrem Vorstoss zu Gunsten einer gefahrlosen Wohnzone im Quartier Sigmundstrasse/Altbrunnenweg eingeführt würde.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, der Stadtrat sei gewillt, das Postulat zu übernehmen. Die Einführung der Tempo 30-Zone wird auch in anderen Wohnquartieren geprüft. Das Anliegen der Postulantin wird bereits vom Stadtbauamt geprüft.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig mit 2 Enthaltungen wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen.

153 0.01.011.01 Einwohnerrat

16. Quartier am hinteren See – Antwort Stadtrat zur Interpellation von Matthias Zimmermann der SP-Fraktion betreffend Quartier „am hinteren See“ – gefährdet oder bald verslumpt? (Nr. 2010/93)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal

Quartier „am hinteren See“ – gefährdet und bald verslumpt ?

Interpellation

Aktuelle Entwicklungen der letzten Zeit gefährden das Seestrasse-Quartier, die Sicherheit der Bewohner und Gewerbetreibenden sowie deren Liegenschaften. - Eine Slum-Bildung beginnt sich abzuzeichnen:

- Um Denner (Nachverkauf von alkoholischen Getränken) und Nachtclub (schon wieder umbenannt) bildet sich eine lärmige Nachtszene mit lautem Autotürenknallen, Motorenheulen, Gejohle, Geschrei und Schlägereien. – Was kann die Stadt hier tun?*
- Das Littering wird unerträglich. Halbvolle Bierbüchsen und zerschlagene Flaschen zieren morgens nicht nur die Strasse – sondern landen auch auf den angrenzenden Grundstücken. - Wie kann hier Abhilfe geschaffen werden? - Keine einziger öffentlicher Abfallkorb säumt die Seestrasse (Gerne stelle ich meinen Gartenzaun dafür unentgeltlich zur Verfügung).*
- Betrunkene Passanten verrichten ihre Notdurft in den Gärten und leeren ebenda ihre alkoholisch überbelasteten Mägen. – Was rät der Stadtrat als Abhilfemassnahme?*
- Der Durchgangsverkehr wird unerträglich (Lärm, Luftverschmutzung, Gefahren) und behindert den Langsam- sowie in Stosszeiten den Anlieferverkehr. Es gibt keine andere Quartierstrasse in Liestal, die durch den Durchgangsverkehr dermassen entwertet wird. - Wie die jüngsten Veröffentlichungen erneut zeigen, werden in diesen Lagen die Luftverschmutzungs-Grenzwerte überschritten. Häufigere Hals-/Lungen- und Kreislauferkrankheiten sowie verkürzte Lebenserwartung sind die Folgen. – Kann der Stadtrat die Verantwortung dafür übernehmen? - Wann kann die Seestrasse vom Durchgangsverkehr endlich befreit und ausschliesslich Zubringerdienst gestattet werden?*

*Matthias Zimmermann
SP-Einwohnerrat*

25. Januar 2010

* * * * *

Vize-Stadtpräsident Lukas Ott nimmt zum politischen Vorstoss und den Fragen des Interpellanten Stellung. Im Zusammenhang mit der Interpellation werden verschiedene Ebenen wie der Umgang mit dem öffentlichen Raum, die Sicherstellung des Zusammenlebens im öffentlichen Leben usw. gestreift. Betreffend dem Zusammenleben auf öffentlichem Raum hat man in Liestal erkannt, dass man eine grössere Verantwortung hat. Dabei redet man nicht von Sicherheitsorganen, welche eine objektive Sicherheit gewährleisten sollen. Die Sicherstellung eines gewaltfreien Zusammenlebens lässt sich nicht an die staatlichen Organe delegieren. Die Einwohnerinnen und Einwohner sind gefordert, wenn es darum geht, wie der öf-

fentliche Raum geprägt sein soll. Als Gemeinwesen ist man gefordert, zur Bewusstseinsbildung beizutragen und Strategien aufzuzeigen, wie ein Zusammenleben besser funktionieren könnte. In diesem Zusammenhang seien verschiedene laufende Projekte wie Abfallkampagnen, Kampagne Zivilcourage usw. erwähnt. Betreffend dem in der Interpellation erwähnten Littering in der Seestrasse werden von den Betrieben mögliche Massnahmen zur Verbesserung der Situation geprüft. Der Stadtrat ist der Meinung, dass sich nach der Etablierung des Verkehrsregimes von Liestal auch der Durchgangsverkehr und die Verkehrssituation in der Seestrasse wieder in ein erträgliches Mass einpendeln wird.

Matthias Zimmermann (SP) erklärt, er sei eigentlich nicht zufrieden mit den stadträtlichen Antworten zu seiner Interpellation. Doch bleibe ihm wohl nichts anderes übrig, da die Situation nicht befriedigend ist. Er dankt dem Stadtrat und wünscht keine Diskussion.

Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt.

Schluss der Sitzung: 20.15 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Adrian Mächler

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann